Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 10

Artikel: Wiederum Zeugen für ein anderes Amerika : das Quäkertum
Autor: Herz, Alice
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139267

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

geht durch das ganze Neue Testament, wenn wir der Sache und nicht den bloßen Worten nachgehen. Das gilt bis hin zur Offenbarung Johannes, in der sich das Neue Testament als prophetisches Wort vollendet. Auch da steht der Kampf und Sieg der Gottesherrschaft im Mittelpunkt und wird die Gemeinde, man möchte fast sagen beschwörend darauf verwiesen, darauf zu hören, was der Geist (Christi) ihr (durch alle Zeiten) zu sagen habe. Wenn an diesem Punkte eine Wendung einträte in unserer Christenheit — sie bedeutete eine ungeheure Revolution!

Albert Böhler.

(Fortsetzung folgt.)

Wiederum Zeugen für ein anderes Amerika

Das Quäkertum

In unserer chaotischen, von Rassen-, Klassen- und Völkerhaß verstörten Welt leuchtet still und warm die weltumfassende Toleranz und Liebestätigkeit einer kleinen Herde des Herrn: der Quäker.

Von Zeit zu Zeit gelangt die Weltgeschichte zu einem Punkte ihrer Entwicklung, da bisher für unantastbar gehaltene Einrichtungen, materielle und geistige Werte fraglich werden und dem Ansturm neuer Ideen und Formen nicht mehr standhalten können.

In einer solchen Zeit leben wir heute.

Und in einer Zeit, da Hergebrachtes entartet und morsch geworden war, lebte auch Martin Luther, als er im Jahre 1517 seine 95 Thesen an die Tür der Schloßkirche zu Wittenberg schlug. Er war sich nicht bewußt, was er damit anrichtete. Er wollte nichts mehr, als dem in Tausenden redlicher Herzen nagenden Unwillen über den Mißbrauch der geistlichen Gewalt der von Rom regierten Kirche, wie er besonders Anstoß durch den Ablaßhandel erregte, Stimme verleihen. Er ahnte nicht, daß er den Zünder an den aufgehäuften Explosivstoff legte, der die Kirche in viele Teile zersprengen und dem Menschengeist neue Welten eröffnen sollte.

Als der Bann gebrochen und der Glaube an die Unantastbarkeit der Romkirche zerstört war, suchten überall in europäischen Landen ernste Geister ihren eigenen Weg zu Gott. England hatte mit Rom gebrochen, und Anglikaner und Puritaner hatten ihre Kirchen fest etabliert, als in der Seele eines jungen Schusterlehrlings und Schafhirten die Erkenntnis durchbrach, daß mit der Loslösung von Rom noch nichts Wesentliches erreicht worden war. Der junge George Fox aus der kleinen Stadt Drayton in Leicestershire, England (1624—1691), hatte seine Bibel gründlich gelesen und war dazu gelangt, Leben und Lehren Jesu mit denen seiner Diener zu vergleichen. Suchend ging er von Gemeinde zu

Gemeinde, von Pfarrer zu Pfarrer, um die Wahrheit, wie Jesus sie gelehrt hatte, zu finden. Er fand sie nirgends, und seine Verzweiflung war groß, als ihm die Erleuchtung kam, daß vielleicht er berufen sein könnte, die Wahrheit zu verkünden. Hatte doch Gott je und je einfaches Volk zu Predigern seines Willens berufen. Ein Feuer war in seiner Seele angezündet, dessen Flamme auf andere Seelen übersprang und sie befähigte, für die erkannte Wahrheit Verfemung, Kerker und Tod zu leiden.

Von George Fox wird berichtet, daß er schon als kleines Kind unter den sozialen Ungerechtigkeiten seiner Zeit litt. Kirchenbetrieb, Dogmen, Sakramente und Kultus erschienen ihm als ablenkend vom Kern. In Städten und Dörfern, auf Straßen und Märkten verkündeten er und seine Anhänger diese Lehre. Zu schweigender Andacht versammelten sie sich, Männer und Frauen, in ihren Häusern. Wem ein Wort, eine Einsicht gegeben war, der unterbrach das Schweigen und verkündete seine Erleuchtung den Freunden. «Gesellschaft der Freunde» nannte Fox seine Gemeinde. «Quäker» (Zitterer) war der Spottname, den die Widersacher diesen von ihrer Wahrheit ergriffenen Predigern gaben. Fox war ein Geist, der Hergebrachtes nicht als selbstverständlich annahm, sondern mit Verstand auf seinen Wert prüfte. Kein Wunder, daß er und die Seinen als Ketzer gebrandmarkt wurden. Wohl den größten Anstoß erregten sie durch ihre Anprangerung des übermäßigen Reichtums weniger angesichts der niederdrückenden Armut vieler. Das brachte ihnen Kerker und oftmals Tod. Aber trotzdem wuchs die Anhängerschaft ständig, sogar aus den Kreisen der Reichen und Hochgestellten.

Ein mit irdischen Gütern Gesegneter war William Penn, Sohn eines Admirals der Königlichen Flotte, der zum Entsetzen seines Vaters von der Quäkerlehre ergriffen wurde. Er kostete selber den Unrat und das Gewürm der damaligen Kerker, und irgendwann reifte in ihm der Vorsatz, eine Zufluchtsstätte für seine verfolgten Glaubensbrüder zu schaffen. Als im Jahre 1860 Englands König Karl eine Summe, die er Penns verstorbenem Vater geschuldet hatte, nicht zurückzahlen konnte, bat sich der Sohn als Ausgleich ein der Krone gehörendes Stück Land in der Neuen Welt aus. Er ging selbst hinüber, um dort ein Gemeinwesen zu schaffen, wie es Sir Thomas More in seinem Buch «Utopia» geträumt hatte, Ortschaften, da freie Brüger in ihren schmucken Gartenhäusern gesunde Familien aufziehen konnten. Religionsfreiheit, demokratische Teilnahme der Bürger an der Verwaltung des Landes, eine teilweise Gleichberechtigung der Frauen sollten der Alten Welt zeigen, daß Gott diese Erde nicht als Jammertal geschaffen hat. So entstand Pennsylvania, so entstand Philadelphia, die Stadt der Bruderliebe. Solange Penn die Leitung hatte, gedieh die Kolonie und lebte in Frieden mit sich selbst und den Nachbarn.

Das Quäkertum selbst blieb von Entartung nicht verschont. Der aufs

Diesseits gerichtete Zug ihrer Lehre brachte die «Freunde» im Laufe der Jahre nach dem Tode ihres Gründers dazu, sich von den Unbilden des Kämpfertums zurückzuziehen in eine ruhige Gemeinschaft geachteter Bürger, die der Umwelt zeigen wollten, daß man durch Sittenreinheit, durch tüchtige, ehrliche Arbeit zu einem Wohlstand gelangen könne, den die Weltlichen durch listige Kniffe und Übervorteilung zu erreichen strebten. Es blieb nicht aus, daß in dieser gegen Dogmenzwang gegründeten Gemeinschaft sich Dogmen entwickelten, Rechtgläubige sich von Ketzern schieden, Zweitrangiges die Stelle des Wesentlichen einnahm. Der revolutionäre Geist des Angriffs gegen die Weltsünde war einem quietistischen Sich-Abwenden von den vergänglichen Händeln der Welt gewichen.

Diese Entwicklung war aber nicht durchgängig und nicht endgültig. Zu allen Zeiten ist der Kampfgeist der Gründer in Einzelnen und Gruppen neu durchgebrochen. Quäker standen in der Vorfront des Kampfes gegen die Sklaverei, für die Gleichberechtigung der Frauen, gegen den Brudermord des Krieges. Wenig bekannt ist die Tat des amerikanischen Quäkers George Logan im Jahre 1798. Damals hatte die Französische Revolution nicht nur bei den Autokraten Europas Panik erzeugt. Auch die gesellschaftliche Elite der jungen demokratischen Vereinigten Staaten war von Furchtpsychose befallen. Einflußreiche Kreise suchten sogar nach Vorwänden zum Kriege gegen Frankreich. Das veranlaßte den vielseitigen, verdienten Gelehrten und Quäker George Logan, auf eigene Kosten, ohne Ermächtigung durch die Regierung, nach Paris zu gehen, um die französische Regierung zu bewegen, gewisse Maßnahmen rückgängig zu machen, die als Vorwände für einen Krieg dienen konnten. Er fand beim Außenminister Talleyrand volles Entgegenkommen, und der Krieg wurde verhindert.

Der erste Weltkrieg veranlaßte viele Quäker, sich lieber ins Gefängnis sperren zu lassen, als Kriegsdienst zu leisten. Eine Gruppe von Quäkern in Philadelphia empfand das Negative dieser Haltung. Unter Leitung von Rufus Jones gründete sie 1917 das «American Friends Service Committee», das sich zur Aufgabe stellte, den Kriegsopfern überall in der Welt Hilfe zu bringen. Was dieses Komitee nach dem ersten Weltkrieg, während der Hitlerverfolgungen, nach dem zweiten Weltkrieg geleistet hat und noch leistet, das bedarf keiner Worte. Öffentliche Anerkennung wurde den Quäkern 1948 durch Verleihung des Friedens-Nobelpreises zuteil.

Als nach Roosevelts Tod die amerikanische Außenpolitik den Friedensweg, den der große Präsident vorgezeichnet und vorbereitet hatte, verließ und in entgegengesetzter Richtung hochrüstete, sahen sich klarblickende Quäker Amerikas vor ein neues Problem gestellt. Dürfen sie passiv bleiben, wenn durch ihre Regierung die Gefahr einer neuen Weltkatastrophe heraufbeschworen wird? Können sie sich damit trösten, in einem dritten Weltkrieg wieder als gute Engel der Menschheit wirken

zu können? Wird ein Zukunftskrieg genug Quäker und Hilfsmaterial übriglassen? Verpflichtet nicht das Wesen ihrer Lehre sie dazu, etwas zur Verhinderung solchen Unheils zu tun?

Eine Lage ähnlich der, vor die sich George Logan vor 150 Jahren gestellt sah, nur ins Riesenhafte vergrößert, ruft heute die Nachfolger von George Fox.

Doch was sollen sie tun? Die «Gesellschaft der Freunde» ist heute wie jede religiöse und politische Gemeinschaft in ihrer Stellung zu den Weltproblemen gespalten. Einer großen Anzahl von Quäkern hängt noch die quietistische Vergangenheit an, die ein Einmischen in die Politik ablehnt. Nicht alle sind frei von nationalen und Klassenvorurteilen. Nicht alle befähigt das «Innere Licht», Wahrheit von Lüge zu unterscheiden.

Trotzdem hat sich vor etwa zwei Jahren in Philadelphia aus dem «American Friends Service Committee» heraus eine Gruppe gefunden, die von ihrem Gewissen zum Handeln getrieben wird.

Ihr erster Schritt war im Frühling 1948 ein Aufruf an das amerikanische Volk. Eine ganze Seite der größten Tageszeitungen wurde gekauft, um auf dieser den Aufruf zu Millionen zu bringen. Auf Grund des Bibelwortes: «Es soll nicht durch Heer oder Kraft, sondern durch meinen Geist geschehen, spricht der Herr Zebaoth» (Sacharja 4, 6) wird dargelegt, daß Waffenhochrüstung niemals Frieden gebracht hat. Unter den andern Wegen, die gesucht werden müssen, steht die Verständigung mit Rußland an erster Stelle. Der Aufruf fand starken Widerhall. Einige Zeit später erschien in der Presse die Mitteilung, daß die Quäker die 25 000 Dollar des Nobelpreises zum Ankauf von Medikamenten für Rußland verwandt hatten. Auch die dankbaren Worte der russischen Regierung brachte die Presse zur Kenntnis der Öffentlichkeit.

Frieden zu predigen, ist recht, aber nicht schwer. Weit schwerer ist es in einer Zeit wie der heutigen, da die Wahrheit durch künstlich erregte Angstpsychosen und durch «Zweckpropaganda» verhüllt ist, ihr nachzugehen, die wahren Tatsachen ans Licht zu stellen und aus ihnen aufbauende Vorschläge zu entwickeln.

Auch dieser Aufgabe sind die Quäker nicht ausgewichen. Unter Leitung von Gilbert F. White, Präsident der Haverford Universität, arbeiteten sie ein Memorandum aus, das sie Mitte Juli dieses Jahres dem Staatssekretär Dean Acheson und dem russischen Gesandten in Washington, A. S. Panyuschkin, überreichten und gleichzeitig der Presse übergaben. Die Verfasser des Memorandums standen während der ganzen Zeit ihrer Zusammenarbeit mit Beamten des «State Department» und mit prominenten Russen, wie Andrei Gromyko und A. Malik, in Fühlung.

Es ist wertvoll, sich dieses Schriftstück näher anzusehen. In folgendem wird eine Zusammenfassung der wesentlichen Gedanken, Fest-

stellungen und Vorschläge gebracht, die Europäern ebensoviel sagen dürften wie Amerikanern.

In der Einleitung weisen die Verfasser auf die dreihundertjährige Friedensbotschaft des Quäkertums hin, wie sie aus seinem Glauben an Gott und die Heiligkeit eines jeden Menschenwesens quillt. Kriege, und besonders der Krieg von heute, sind der entsetzlichste Ausdruck von des Menschen Unmenschlichkeit gegen seinesgleichen. Allein schon ein Ins-Auge-Fassen solchen Unterfangens bedeutet eine Bedrohung von allem, was der Mensch hochhält. Es ist ein fundamentaler Glaubenssatz der Quäker, daß auch für die Lösung schwierigster politischer Probleme sittliche Gebote maßgebend sein müssen, daß mit göttlicher Hilfe sich der Mensch in weitem Maße sein Schicksal selbst gestalten kann.

Das Memorandum besteht aus zwei Hauptteilen. Der erste behandelt:

Grundlegende Betrachtungen

1. Betrachtung: Überall in der Welt wünschen die Menschen Frieden. Auch die Vereinigten Staaten, auch die Sowjetunion, auch die westeuropäischen Länder wünschen Frieden. Nur solche Menschen, die unfähig sind, die vernichtende Wirkung selbst eines für sie siegreichen zukünftigen Krieges einzuschätzen, glauben an eine Lösung nationaler Probleme durch Waffen. Menschen, die zwar Frieden wünschen, aber nicht davor zurückschrecken, mit dem Kriege zu drohen, bedeuten durch ihre Haltung eine große Gefahr für den Frieden.

2. Betrachtung: Es ist wahrscheinlich, daß ein großer Teil der Menschheit für lange Zeit unter einem kommunistischen Wirtschaftssystem leben wird. Ebenso wahrscheinlich ist es, daß ein großer Teil der Menschheit weiter das kapitalistisch-demokratische System westlicher Prägung beibehalten wird.

Westliche Demokraten sollten sich durch die rohen Züge des Sowjetsystems nicht zu dem Irrtum verleiten lassen, daß es vor dem Zusammenbruch stehe. Was ihnen anstößig ist, ist die Erbschaft von Jahrhunderten. Unsere Untersuchungen haben keine Anzeichen für eine innere Morschheit des Systems feststellen können. Eine amerikanische Politik, die darauf abstellt, scheint uns verfehlt. Im Gegenteil sprechen die zahlreichen Krisen, die das Sowjetreich seit 1917 oft auf Kosten großer Leiden überstanden hat, für seine Dauerhaftigkeit. Die Erfahrung hat gezeigt, daß diese Dauerhaftigkeit eine gewisse Anpassungsfähigkeit an wechselnde Verhältnisse nicht ausschließt. Es wäre unweise, etwaige Umstellungen des Regimes, die zur Lockerung der jetzigen Spannung helfen könnten, außer Rechnung zu lassen. Es ist wohl zu bedenken, daß nicht nur die eiserne Faust das Regime zusammenhält, sondern auch seine Erfolge in der raschen Industrialisierung eines rückständigen Agrarlandes, die es ohne nennenswerte Hilfe von außen erreichte. Die jetzigen Erfolge

der chinesischen Kommunisten zeigen, daß Völker, die bisher vom westlichen Imperialismus unterjocht waren und niemals die politische Demokratie des Westens kannten, sehr viel für das kommunistische Programm der politischen und industriellen Revolution und für die Gleichberechtigung aller Rassen und Nationalitäten, wie sie in Rußland geübt wird, übrighaben.

Dagegen ist es unwahrscheinlich, daß der Kommunismus in jenen Ländern Wurzel schlagen wird, wo die starken demokratischen Freiheitstraditionen der westeuropäischen Kultur vorherrschend sind, solange diese Länder ein Mindestmaß wirtschaftlicher Stabilität aufrechterhalten können. Während die Entwicklung in Westeuropa sich mehr und mehr einem demokratischen Sozialismus zuwendet, sprechen Amerikas eigene Verhältnisse für ein Fortbestehen des demokratischen Kapitalismus in den Vereinigten Staaten.

3. Betrachtung: Obgleich wesentliche Unterschiede in ihren Zielen und wirtschaftlichen und politischen Methoden die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten unterscheiden, bestehen auch wichtige Gleichartigkeiten zwischen beiden Ländern.

Es ist ein ausgesprochenes Ziel der russischen Politik, für den Umsturz aller kapitalistischen Regierungen zu wirken, um dem Proletariat überall zur Herrschaft zu verhelfen. Das gehört zur marxistischen Doktrin, die aber gleichzeitig lehrt, daß Revolutionen nur dann erfolgreich sein können, wenn in einem Land die Lage dafür reif geworden ist. Demnach hat die Sowjetunion nicht gezögert, mit verschiedenen kapitalistischen Ländern Verträge einzugehen und Mitglied internationaler Körperschaften zu werden.

Es ist Tatsache, daß der orthodoxe Marxismus im heutigen Rußland, der sich im Alleinbesitz der geschichtlichen Wahrheit und des allein glücklich machenden Wirtschaftssystems glaubt, nicht weniger intolerant regiert, als es die Zarenherrschaft durch Jahrhunderte tat. Doch ist solche Intoleranz nicht nur bei den Russen zu finden, sondern in verschiedenen Formen bei allen politischen und religiösen Gemeinschaften, die sich für die Hüter einer allein wahren Lehre halten. Westeuropa und die Vereinigten Staaten haben in der Vergangenheit viele Beispiele für solche Intoleranz geliefert und sind auch heute davon noch nicht ganz frei, wenn auch in dieser Hinsicht ein großer Unterschied zwischen Ost und West besteht. Amerika braucht nur an seine Behandlung der Neger zu denken, die trotz allen Fortschritten zum Bessern noch immer ein dunkler Fleck auf seiner Demokratie ist.

Die Vereinigten Staaten und Rußland gleichen sich darin, daß sie sich beide wenigstens prinzipiell für Weltfrieden, für wirtschaftliche Hebung ihrer Bevölkerung und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten für alle erklären. Beide Nationen behaupten, eine demokratische Regierung zu haben, wobei die Vereinigten Staaten auf eine Demokratie *durch* das Volk, die Sowjets auf eine Demokratie *für* das Volk Wert legen.

Weitere Gleichartigkeiten zwischen beiden Völkern: Beide haben junge, dynamische, mehr materiell als geistig ausgerichtete Zivilisationen, wobei die eine Wohlstand durch Massenproduktion und Standardisierung sucht, die andere durch politische und wirtschaftliche Organisierung der Massen. Beide sind Pioniervölker. Die Russen bewundern freimütig amerikanische Technik und Tüchtigkeit, und objektive amerikanische Besucher der Sowjetunion haben überrascht die Leistungen anerkannt, die von den Russen in nicht mehr als einer Generation vollbracht wurden. Wenn Amerikaner und Sowjetrussen Gelegenheit haben, zwanglos und unvoreingenommen miteinander zu verkehren, empfinden sie diese Übereinstimmung und kommen gut miteinander aus. Amerikaner, die mit Russen in Geschäftsbeziehungen standen, haben scheinbar ausnahmslos deren Anständigkeit, Zuverlässigkeit und kaufmännisches Geschick gepriesen.

Unsere Erfahrungen aus der Arbeit mit menschlichen Wesen der verschiedensten Nationalitäten führten uns zu dem Glauben, daß vermehrte persönliche Beziehungen zwischen Russen und Amerikanern beiden Völkern dienlich sein werden. Keines von beiden hat ein Monopol auf Laster und Tugend. Beide können voneinander lernen: die Russen von Amerikas Freiheitsbegriff und seiner Achtung vor den Menschenrechten, die Amerikaner von Rußlands Gleichstellung der Rassen und seiner Erziehung zur Arbeit für das Gemeinwohl.

4. Betrachtung: Die weltanschaulichen Verschiedenheiten zwischen beiden Völkern lassen genug Möglichkeiten für friedlichen Wettbewerb offen, ohne daß eines von beiden seine Grundsätze und Lebensführung dem andern unterzuordnen hätte.

Aus der Weltgeschichte kennen wir verschiedene Fälle, da tödliche Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen, die nur durch die Vernichtung einer derselben lösbar erschienen, sich mit der Zeit besänftigten und endlich ein friedliches Nebeneinander zuließen. So ging es mit dem Kampf zwischen Christen und Mohammedanern, zwischen Katholiken und Protestanten. Größere Duldsamkeit auf beiden Seiten ermöglichte schließlich den Frieden. Weshalb sollte dies nicht auch für den heute so leidenschaftlichen Konflikt zwischen Kommunisten und Antikommunisten möglich sein?

Wir sehen keinen Grund, Stalins wiederholten Behauptungen, daß die kommunistische und die kapitalistische Welt friedlich nebeneinander bestehen können, keinen Glauben zu schenken. Seine mehrfach bewiesene Elastizität, seine Erklärung auf kommunistischen Parteitagen seit 1925, daß er die Wahrung des Friedens und die Stärkung von Geschäftsbeziehungen mit allen Ländern als die vornehmsten Ziele seiner Außenpolitik betrachte, lassen annehmen, daß er erneut diesen Standpunkt vertreten wird, falls ihm die andere Seite entgegenkommt.

Im Grunde bestehen keine lebenswichtigen Differenzen zwischen der Sowjetunion und Amerika. Beide Länder sind fast ausschließlich selbst-

versorgend. Rußland braucht amerikanische Industrieprodukte und hat ausgiebig sein Interesse am Import derselben bekundet. Amerika benötigt gewisse russische Rohstoffe und einen Markt für seine Maschinen. Es liegt an Amerika, den Russen zu beweisen, daß der Bedarf an Auslandsmärkten – wie der Kommunismus behauptet – die kapitalistischen Länder *nicht* notwendig zum Krieg treiben muß. Einer weisen amerikanischen Staatsführung ist heute die größte Gelegenheit geboten, eine friedliche Welt aufzubauen.

Wir sind uns wohl der Gefahren bewußt, die die jetzigen übermäßigen Ausgaben für militärische Zwecke heraufbeschwören. Wir glauben aber, daß weder das amerikanische Volk noch seine Regierung absichtlich zum Kriege als einem Mittel greifen werden, einer Wirtschaftskrise zu entgehen. Es ist doch klar, daß die Zerstörungen und Reglementierungen eines Zukunftskrieges die Gefahr einer Wirtschaftskrise eher begünstigen als vermeiden und Amerikas demokratischen Kapitalismus eher schwächen als stärken werden.

5. Betrachtung: Beide Völker fürchten, daß eines das andere unter seine Herrschaft bringen wolle und zu diesem Zwecke kriegerisch angreifen werde. Ein großer Teil der übrigen Welt fürchtet politische oder militärische Unterjochung durch Rußland oder die Vereinigten Staaten, oder in einen Krieg zwischen beiden hineingezogen zu werden.

Rußlands Ängste sind aus seiner geographischen Lage und aus seinen geschichtlichen Erfahrungen vor und nach der Einführung des Kommunismus erklärlich. Wenn heute so viele Amerikaner sich unsicher fühlen, trotzdem sie die Atombomben und ein jährliches Militärbudget von mehr als 15 Milliarden Dollar haben, so war gerade dies ein starker Antrieb für uns, die vorliegenden Untersuchungen anzustellen. Daß andere Nationen nicht wünschen, zwischen Rußland oder Amerika wählen zu müssen oder durch sie in Krieg verwickelt zu werden, ist nur zu sehr verständlich.

6. Betrachtung: Es ist äußerst fraglich, ob heutzutage militärische Übermacht Sicherheit gewähren kann. Wettrüsten wirkt vielmehr kriegstreibend.

Die «Gesellschaft der Freunde» steht seit dem Jahre 1660 zu dem Grundsatz, «allen Kriegen und blutigen Auseinandersetzungen, aus welchem Grunde oder Vorwand sie geführt werden mögen, abzusagen». Wir stehen heute zu diesem Gelübde aus religiöser und sittlicher Überzeugung. Wir haben aber auch andere Gründe, die uns nationale Sicherstellung durch Anhäufung von Waffen als fraglich erscheinen lassen.

Das Memorandum geht dann auf die bekannten Feststellungen ein, daß durch die heutige Abhängigkeit der Völker voneinander, durch die Zerstörungskraft moderner Waffen und viele andere Gründe Kriege unzeitgemäß und sinnlos geworden sind. Auch die Allmacht der Atomwaffe wird nach verschiedenen Richtungen hin angezweifelt. Die jüngsten

Erfahrungen in Griechenland, Indonesien und China haben gezeigt, daß Waffen keine geordneten demokratischen Verhältnisse herbeiführen, noch soziale Entwicklungen aufhalten können. Bewaffnung und Drill von Heeren im nichtkommunistischen Europa würde schwerlich einen Angreifer abhalten können. Wohl aber würde dies die wirtschaftliche Erholung dieser Länder unmöglich machen. Ihre tiefe Sehnsucht nach Frieden und die Aussicht, daß ein zukünftiger Krieg sich wahrscheinlich auf ihrem Boden abspielen würde, machen sie zu sehr fraglichen Kriegspartnern. Je mehr Amerika für Waffen ausgibt, desto stärker wird Rußland hochrüsten, desto mehr Furcht und Haß werden entfacht. Dabei können auf lange Sicht weder die Vereinigten Staaten noch Rußland irgendeinen politischen oder wirtschaftlichen Nutzen aus diesem Wettrüsten erwarten. Beide haben das größte Interesse daran, ihre Militärausgaben zu vermindern.

7. Betrachtung: Hochrüstung zwingt demokratische Regierungen zur Beschneidung der Bürgerrechte und zum Herunterdrücken des Lebensstandards ihrer Völker, was zwangsläufig bestehende autoritäre Regierungen stärken würde.

Die Fortsetzung des «Kalten Krieges» muß in beiden Ländern Zwangsmaßnahmen zwecks Geheimhaltung verschärfen, das Spionagesystem erweitern. Die «Hexenverfolgung» in Amerika von Personen, die vernünftige Kritik oder begründete Zweifel an den Regierungsmaßnahmen äußern, wird zunehmen. Auch in den Vereinigten Staaten werden dringende soziale Ausgaben weiter zugunsten militärischer Zwecke beschnitten werden müssen. Alles dies vergrößert die Volksfurcht, anstatt sie zu mindern.

8. Betrachtung: Es ist unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten oder Rußland jetzt oder in naher Zukunft einen Angriffskrieg zur Förderung politischer Ziele entfesseln werden.

Acht Gründe werden angeführt, weshalb Rußland Krieg nicht in Betracht ziehen kann. Seine politische Doktrin ist dagegen. Es braucht Frieden, um die entsetzlichen Wunden des letzten Krieges zu heilen, seinem Volke den versprochenen höheren Lebensstandard zu schaffen. Dieses Volk, das zu seiner Verteidigung sein Letztes gab, würde schwerlich solchen Opfermut für einen Krieg, den seine Machthaber begännen, aufbringen. Diese sind sich klar, daß ein solcher Krieg nicht zu gewinnen wäre. Eine Überflutung Westeuropas durch ihre Heere würde durch Sabotage und Blockade unwirksam sein.

Es werden zwei Gründe angeführt, die gegen einen kriegerischen Angriff Amerikas sprechen. Obgleich einige amerikanische Bürger gelegentlich sich für einen Angriffskrieg gegen Rußland ausgesprochen haben, ist es unwahrscheinlich, daß ihre Ansicht von einer gewichtigen Zahl ihrer Landsleute geteilt wird. In dem sehr unwahrscheinlichen Fall, daß die Regierung sich einem Angriffskrieg geneigt zeigen sollte, würde

mangelnde Unterstützung durch das Volk sie von der Ausführung abhalten. Die jüngste amerikanische Politik der militärischen Hilfe an Griechenland und die Türkei, des Atlantischen Paktes, der beabsichtigten Aufrüstung Westeuropas, der Haltung gegenüber den italienischen Kolonien, spiegeln viel mehr die durch den Krieg geschaffene Verwirrung wider, als daß sie, wie die Russen fürchten, auf einen vorsätzlichen Angriffskrieg zielen.

Dank der Möglichkeit der «Vereinigten Nationen», einen Angreifer unter Druck zu setzen, würde keines von beiden Ländern als etwaiger Angreifer auf internationale Unterstützung rechnen können.

Aber die zügellose Herstellung immer gewaltigerer Fernwaffen verstärkt ohne Zweifel die Gefahr, daß eines Tages aus Furcht durch irgendeinen Zwischenfall die Geschütze losgehen können.

Der zweite Hauptteil behandelt:

Vorschläge, wie durch weise Staatsführung die Spannung gelöst werden kann

Wir haben uns besonders mit drei Gebieten befaßt, für die wir uns erlauben, bestimmte Vorschläge zu machen. Diese Gebiete betreffen die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Rußland und Osteuropa, die Politik Deutschland gegenüber und die politische Haltung gegenüber den «Vereinigten Nationen».

Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Rußland und Osteuropa

Der «Kalte Krieg» hat dazu geführt, daß Warenlieferungen der Vereinigten Staaten nach Rußland so gut wie ganz gesperrt sind und der Handel mit den Oststaaten sehr beschränkt wurde, obgleich kein begründeter Anschein vorhanden ist, daß wirtschaftliche Erholung und Industrialisierung der Oststaaten die Sicherheit der Vereinigten Staaten bedrohen würden. Im Gegenteil, Erholung und Industrialisierung dieser Länder würden sie selbständiger machen und vielleicht befähigen, eine beschwichtigende Rolle im west-östlichen Konflikt zu spielen.

1. Vorschlag: Im Interesse eines verstärkten Ost-West-Handels sollten die Vereinigten Staaten den Marshall-Ländern freie Hand in ihren Handelsbeziehungen mit dem Osten lassen.

2. Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten für eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Komitee der Marshall-Hilfe und der Wirtschaftskommission der «Vereinigten Nationen» eintreten.

Diese Kommission hat beträchtliche Erfolge in der Belebung des europäischen Handels aufzuweisen und wird für die Zeit nach Beendigung der Marshall-Hilfe von großem Nutzen sein.

3. Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten aufhören, einen nor-

malen Export amerikanischer Waren nach Rußland und Osteuropa zu unterbinden.

Die Wiederherstellung von Handelsbeziehungen mit Rußland und Osteuropa würde die Reibungen zwischen diesen Ländern und den Vereinigten Staaten außerordentlich mindern.

4. Vorschlag: Osteuropa sollte in den Hilfsplan der «Vereinigten Nationen» zur Förderung rückständiger Länder und in Präsident Trumans speziellen «Punkt 4» eingeschlossen werden.

Es wäre für die Genesung der Welt äußerst hemmend, wenn diese Hilfe nur solchen Ländern gewährt würde, die mit der Majorität in den «Vereinigten Nationen« sympathisieren.

5. Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten ihre Zollpolitik einer Revision unterziehen und sie mit einem weitsichtigen Welthandelsprogramm in Einklang bringen.

Die Politik Deutschland gegenüber

1. Vorschlag: Politische und wirtschaftliche Einigung sowie Neutralisierung Deutschlands. Die fortgesetzte Umwerbung Deutschlands von seiten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion kann nur zu Unheil führen.

Nachdem eine gewisse Einigung über Berlin erreicht worden ist, scheint die Sowjetunion einem langfristigen internationalen Abkommen nicht abgeneigt zu sein, das Deutschland auf Dauer neutralisieren und zu einem Teil einer neutralen Völkergruppe zwischen den zwei Machtblöcken machen würde. *Jetzt* ist die Zeit, wo kühne und weise Staatskunst handeln sollte! Noch ein paar Jahre länger Teilung würde den deutschen Chauvinismus gefährlich erhitzen und die ost-westlichen Beziehungen immer mehr vergiften.

2. Vorschlag: Anstatt Deutschland in einen West- und einen Ostteil zu zersplittern, sollten die Besetzungsmächte den Deutschen die Möglichkeit geben, unter ihrer Überwachung sich eine Regierung zu wählen und eine Verfassung für das gesamte Gebiet auszuarbeiten.

3. Vorschlag: Nachdem dies erreicht ist, sollte mit der schrittweisen Zurückziehung aller Besetzungsmächte begonnen werden.

4. Vorschlag: Dem Handel zwischen Deutschland und allen andern Völkern sollten keine Beschränkungen auferlegt werden.

5. Vorschlag: Es sollte eine internationale Vereinigung zur Verminderung der bestehenden Rüstungen und zu ihrer Überwachung und Prüfung geschaffen werden, der, neben den Großmächten, auch Deutschland beizutreten hat.

6. Vorschlag: Die Verwaltung und Verteilung von Ruhrkohle und Ruhrstahl sollte der europäischen Wirtschaftskommission der «Vereinigten Nationen» übertragen werden.

Politische Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber den «Vereinigten Nationen»

Es gibt heute keine dringlichere Aufgabe als die der Kriegsverhütung. Sie kann nicht individuell von den Völkern gelöst werden. Sobald Nationen ihre Sicherheit in ihren Soldaten und Waffen suchen, werden sie gefährlich für ihre Nachbarn. Wenn erst der Wettlauf nach strategischen Stützpunkten, nach Rohmaterial für Waffen, verbunden mit Drohungen und Bluffs, begonnen hat, dann ist die Versicherung gegen das entsetzliche Unheil des Krieges sehr fragwürdig geworden. Die «Vereinigten Nationen» wurden geschaffen, um kommende Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren. Es sollte ein Hauptziel der amerikanischen Politik sein, die «Vereinigten Nationen» zu stärken und weiterzuentwickeln.

1. Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten erneut ihren Glauben an und ihre Treue zu den «Vereinigten Nationen» erklären.

Solch eine Erklärung hat nur Wert, wenn sie von Taten begleitet ist.

2. Vorschlag: Um die «Vereinigten Nationen» zu stärken, sollten die Vereinigten Staaten für unparteiische Schiedsgerichte zur Regelung von Streitfragen eintreten, die Vermittlungs- und Versöhnungsfunktionen der «Vereinigten Nationen» unterstützen und danach streben, mit Hilfe der «Vereinigten Nationen» internationale Zusammenarbeit und allseitig befriedigende Lösungen wirtschaftlicher und sozialer Probleme zu fördern.

Je mehr die Menschheit technisch in der Überwindung von Raum und Zeit fortschreitet, desto mehr wachsen sich bisher nationale Probleme zu internationalen aus und erfordern internationale Behandlung.

3. Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten die Arbeitsatmosphäre der «Vereinigten Nationen» zu verbessern suchen, indem sie sich – ohne ihre Grundsätze zu verleugnen – solchen Beratungsthemen zuwenden, bei denen sie mit der Sowjetunion einiggehen können. Sie sollten vermeiden, die «Vereinigten Nationen» als Podium zur Anpreisung nationaler Tugenden zu benutzen. Sie sollten sehr vorsichtig sein mit Vorschlägen, die aufreizend wirken.

Die Verhandlungen in den «Vereinigten Nationen» sind nur zu oft zu Redeschlachten mißbraucht worden, als daß sie ernstem Suchen nach Einigungspunkten gedient hätten. Die strengen Anweisungen durch ihre Regierungen, an die die Delegationen oft gebunden sind, wirken oft einigungsverhindernd, ebenso die Neigung der Vereinigten Staaten, Vorschläge, die ihnen nicht zusagen, ungeprüft zu verwerfen, besonders wenn sie von der Sowjetunion gemacht wurden.

4. Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten darauf hinwirken, daß das Personal der «Vereinigten Nationen» verbessert werde.

Charaktervolle, tüchtige und erfahrene Beamte sind wesentlich für das erfolgreiche Arbeiten einer Weltorganisation. Es sollte als Pflicht

der amerikanischen Regierung und ihrer Bildungsanstalten angesehen werden, junge Kräfte für den internationalen Dienst heranzubilden. Die erfahrensten, fähigsten, in bestem Rufe stehenden Personen sollten zum Dienst an den «Vereinigten Nationen» berufen werden.

Häufigerer Personenwechsel in den einzelnen Delegationen mag nützlich sein, besonders da, wo sich die Verhandlungen in Sackgassen festgelaufen haben. Viel Langeweile, Gereiztheit und Debattenmüdigkeit mögen durch Auffrischung des Personals vermieden werden.

Von der Carnegie-Stiftung für Weltfrieden kommt der Vorschlag, daß gelegentlich die Mitgliedstaaten der «Vereinigten Nationen» durch ihre Staatshäupter bei Zusammenkünften des Sicherheitsrates der Generalversammlung vertreten sein sollten.

5. *Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten die Entwicklung der Treuhandfunktion der «Vereinigten Nationen» zu fördern suchen, indem sie Mittel und Wege studieren, um strategische Gebiete der Welt sowie auch die früheren italienischen Kolonien unter die Treuhänderschaft der «Vereinigten Nationen» zu stellen.*

Für die Mitgliedstaaten der «Vereinigten Nationen» ist die Zeit gekommen, da sie das Streiten um strategische Gebiete dadurch verhindern sollten, daß sie diese unter die Verwaltung der «Vereinigten Nationen» bringen. Dazu gehören die italienischen Kolonien. Auch sollten die Vereinigten Staaten ihre «strategische Treuhänderschaft» über die früheren japanischen Inseln im Stillen Ozean revidieren und daran denken, wie schwer man die Japaner deswegen getadelt hatte, daß sie diese ihnen nach dem ersten Weltkrieg zur Verwaltung übertragenen Inseln zu Festungen ausgebaut hatten. Das gleiche haben jetzt die Vereinigten Staaten getan.

Den «Vereinigten Nationen» sollten auch solche strategische und umstrittene Gebiete wie die Dardanellen zur Verwaltung übertragen werden.

6. *Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten für eine wirksame Kontrolle der Rüstungen und der Atomenergie eintreten, indem sie in der Generalversammlung zu erneuter Anstrengung für Rüstungsbeschränkung und Rüstungskontrolle aufrufen, indem sie, in Anerkennung, daß Atomwaffen dem gleichen Zwecke dienen wie herkömmliche Waffen, für jene eine gleiche Beaufsichtigung fordern, und indem sie für eine Vereinbarung eintreten, nach der der vorhandene Vorrat an Atomwaffen den «Vereinigten Nationen» zur Aufbewahrung unter Versiegelung übergeben werde. Weitere Aufstapelung von Rohmaterial für Entwicklung von Atomenergie soll unterbleiben, ausgenommen, wenn die Atomenergiekommission solches Material zu rechtmäßigem Gebrauch freigibt.*

Wirksame Rüstungskontrolle ist unerläßlich für die Wahrung des Friedens. Herkömmliche Waffen können ebenso kostspielig und fast ebenso zerstörend sein wie Atomwaffen. Diese allein von der Kontrolle

auszuschließen (wie es die Vereinigten Staaten fordern, A. H.), würde dem Land, das sie besitzt, einen Vorsprung über andere Länder geben. Der Vorschlag, den vorhandenen Vorrat an Atombomben den «Vereinigten Nationen» unter Versiegelung zu übergeben, kann möglicherweise die ins Stocken geratene Diskussion über den toten Punkt bringen.

Wenn die Rüstungskontrolle solchen Leuten anvertraut wird, die möglichst geringe Beschränkung des Kriegspotentials ihrer eigenen Länder im Sinne haben, dann besteht wenig Hoffnung auf ein befriedigendes Ergebnis.

7. Vorschlag: Die Vereinigten Staaten sollten in Beratung mit andern Regierungen treten und überhaupt internationalen Meinungsaustausch über Mittel und Wege befürworten, wie die «Vereinigten Nationen» zu einer leistungsfähigeren Weltorganisation ausgebaut werden können. Im Zusammenhang damit sollten die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft ankünden, einer Beschränkung der nationalen Souveränität in bezug auf Waffenfabrikation und auch Atomenergie von dem Zeitpunkt an zuzustimmen, da mit Vollmacht ausgestattete übernationale Kontrollorganisationen geschaffen sind.

Die Vereinigten Staaten sollten ebenfalls in der Weise für eine zukünftige Weltorganisation arbeiten, daß sie den Ausbau der hierfür nötigen Sektionen innerhalb der «Vereinigten Nationen» unterstützen. Sie sollten ferner sich bewußt werden, daß ein bei weitem umfangreicheres Programm für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Hilfeleistung geschaffen werden muß, damit in eine Weltorganisation auch die vielen jetzt noch rückständigen Gebiete miteingeschlossen werden können.

Die «Vereinigten Nationen» sind zwar eine übernationale Organisation, aber ohne Weltexekutivgewalt. Es liegen jedoch in ihr unbeschränkte Möglichkeiten für die Entwicklung zu einer Weltregierung.

Wenn die Menschheit von der immer wiederkehrenden Bedrohung durch Krieg befreit werden soll, dann ist es unerläßlich, daß sie langsam und mit Geduld auf eine Art Weltregierung hinarbeitet, deren Gewalt in allen das Gemeinwohl betreffenden Fällen die Gewalt der Mitgliedstaaten übertrifft. Solch eine Weltregierung muß aus dem Willen und Glauben der Menschen heraus wachsen. Sie kann durch Beschlußfassungen allein nicht gebaut werden. Sie sollte zum Eckstein der amerikanischen Politik werden. Und jeder Bürger der Vereinigten Staaten sollte sich beständig und mit allen Kräften für ihr Wachstum einsetzen.

*

Die vorliegende Zusammenfassung ist ausführlicher geworden, als es die Schreibende vorhatte. Aber bei Vertiefung in das Dokument erschienen ihr immer mehr Punkte so wichtig, daß sie sie nicht unerwähnt lassen konnte.

Die Verfasser des Dokumentes nennen es einen «vorfühlenden Be-

richt», den sie der allgemeinen Diskussion und konstruktiver Kritik unterbreiten. Sie laden die Öffentlichkeit zu Meinungsäußerungen und zu etwaigen Fragen ein und bitten, alle Zuschriften an das *American Friends Service Committee*, 20 South, 12th Street, Philadelphia 7, Pennsylvania, USA, zu richten.

Jeder, der ein Exemplar des Dokumentes wünscht, kann es von der gleichen Stelle erbitten. Zuschriften werden in englischer, deutscher und französischer Sprache angenommen.

«Selig sind die Friedemacher, denn sie werden Gottes Kinder heißen.» Die Quäker von Philadelphia haben dem Ruf aus der Höhe, der an sie erging, gehorcht. Sie wiederum haben die Welt aufgerufen. Wenn sie sich auch vornehmlich an ihre eigene Regierung, an ihre Landsleute richten, so kann doch ihre Mahnung zur Besinnung, zur Anwendung des Verstandes und zu gutem Willen nur die rechten Früchte tragen, wenn sie von verständigen und gutwilligen Menschen überall gehört wird. Ihre Feststellungen und Vorschläge sollten von Friedensvereinigungen in der ganzen Welt besprochen werden. Und der Widerhall, den ihre weisen und guten Worte finden, sollte ihnen durch Zuschriften kundgetan werden.

Im Anblick des frenetischen Arbeitens der Kriegsmaschine sollte ein Schrei nach Zusammenschluß der Friedenskräfte durch die ganze Welt gehen. Bisher arbeiten sie nur vereinzelt, in schwachen Gruppen. Möchte das Quäker-Memorandum dazu dienen, ihren Zusammenschluß zu fördern. *Alice Herz.*

Zum Andenken an Pfarrer Karl von Greyerz

Am 22. September ist in Bern in seinem 80. Lebensjahr unser Gesinnungsfreund Karl von Greyerz verstorben. Als Sohn des damaligen Pfarrers an der Heiliggeistkirche in Bern geboren und aufgewachsen, hat er nach dem Studium der Theologie die Gemeinden Bürglen, Winterthur, Kandergrund und dann während 17 Jahren die Johanneskirchgemeinde Bern betreut und auch nach seinem Rücktritt vom Pfarramt weiter durch Wort und Schrift an Volk und Kirche gewirkt.

Als Student ursprünglich vom theologischen und politischen Freisinn, wie ihn damals in Deutschland Naumann vertrat, begeistert, hat von Greyerz in lebendiger Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit bald mutig den Kampf gegen die Profitwirtschaft einerseits und den Gewaltglauben andererseits aufgenommen und ihn treu geführt. In Trauer und Dankbarkeit gedenken wir dieses treuen Freundes unserer Bewegung und unserer Zeitschrift. *B. B.*

Die Nachricht vom unerwartet raschen Hinschied unseres lieben Freundes, Karl von Greyerz, bedeutete einen furchtbar harten Schlag für alle, die mit ihm irgendwie verbunden waren, und sein Tod ist ein bleibender Verlust für die ganze religiös-soziale Bewegung. Pfarrer Karl